

21.02.2025

Niederschrift 004/2024

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie

am 20.11.2024 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.002-C.003

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:04 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur (SPD)

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Jürgen Kerl

Frau Sabine Lutz-Kunz

Herr Wilhelm Null

Herr Martin Wiggemann

Vertretung für Herrn Goepfert

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Herr Hubert Hüppe

Herr Gerhard Meyer

Frau Ursula Schmidt

Sachkundige Bürgerin CDU

Frau Elke Wegner

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Christina Grave-Leismann

Frau Patricia Esther Morgenthal

Sachkundiger Bürger Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Herr Hans-Joachim Nadolski-Voigt

Anwesend bis 17:55 Uhr

Kreistagsmitglied FDP

Herr Andreas Wette

Sachkundiger Bürger GFL + WfU

Herr Kunibert Kampmann

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent | Dez. III

Herr Christian Scholz, Fachbereichsleiter | FB 50 – Arbeit und Soziales

Frau Janina Schölzel, Sachgebietsleiterin | SG 50.3 – Teilhabe- und Förderleistungen

Herr Thomas Dierschke | SG 50.01 – Sozialplanung und Demografie

Herr Hans Zakel | SG 50.01 – Sozialplanung und Demografie

Frau Jennifer Schmandt, Inklusionsbeauftragte | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Sonja Risy, Schriftführerin | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Gutzmerow

Frau Simone Symma

Sachkundiger Bürger SPD

Herr Rainer Goepfert

Vertretung durch Herrn Wiggermann

Kreistagsmitglied DIE LINKE - UWG Selm

Frau Katja Wohlgemuth

Sachkundiger Bürger DIE LINKE - UWG-Selm

Herr Timo Putzer

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Ralf Piekenbrock

Frau Chur begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 07.11.2024 versandt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, sodass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohner*innen

Punkt 2 Ausbildungssituation in der Pflege;
BE: Frau Brauckmann-Jauer (Pflegeschule der Diakonie, Bergkamen)

Punkt 3 171/24 Zwischenbericht Maßnahmenplanung Inklusion

Punkt 4 Kooperation des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) und des Kreises Unna in der Eingliederungshilfe; Bericht von der ersten Veranstaltung des Lokalen Steuerungs- und Planungsgremiums (LSP)

Punkt 5 169/24 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2024

Punkt 6 178/24 Teilhabe an Bildung gem. § 112 SGB IX – Entwicklungen 2024

Punkt 7 164/24 Globalzuschuss zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege; Verwendungsnachweis 2023

Punkt 8 140/24 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Budget 50

Punkt 9 177/24 Haushalt 2025/26; Budget 50 – Arbeit und Soziales –

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 11 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 **Fragestunde für Einwohner*innen**

Fragen von Einwohner*innen ergeben sich nicht.

Punkt 2 **Ausbildungssituation in der Pflege;**
BE: Frau Brauckmann-Jauer (Pflegeschule der Diakonie, Bergkamen)

Erörterung

Nach einleitenden Worten von Frau Chur stellt Frau Brauckmann-Jauer die generalistische Pflegeausbildung vor (siehe Anlage 1). Hierbei geht sie insbesondere auf Veränderungen durch die Pflegeberufereform, die Ausbildungsberufe „Pflegefachkraft“ und „Pflegefachassistent“ sowie aktuelle Herausforderungen und Maßnahmen zur Bewältigung ein.

Die Pflegeschule biete an ihren Standorten Unna und Bergkamen jeweils drei Kurse für angehende Pflegefachkräfte (d.h. einen pro Jahrgang) an. Es könnten maximal 25 Schüler*innen pro Kurs teilnehmen. Diese Zahl werde aber nicht erreicht: Aktuell würden etwa 20 Schüler*innen aufgenommen und mit 10-15 Schüler*innen das Examen erreicht. Der Beruf der Pflegefachassistent*in könne derzeit nur in Bergkamen erlernt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Wette zur Abbruchquote im Vergleich zwischen einjähriger und dreijähriger Ausbildung erklärt Frau Brauckmann-Jauer, dass die einjährige Ausbildung erst seit zwei Jahren durchgeführt werde und daher noch keine aussagekräftigen Zahlen vorlägen. Im ersten Pflegefachassistentenkurs gebe es bisher allerdings deutlich weniger Abbrüche zu verzeichnen.

Frau Lutz-Kunz erkundigt sich zum einen, was die Pflegeschule benötige, um den Beruf noch attraktiver zu machen. Zum anderen möchte sie wissen, was die jungen Menschen erwarten, damit sie in der Pflege bleiben. Frau Brauckmann-Jauer erläutert, dass bereits viel Beratung stattfinde und gute Netzwerke bestünden (u.a. Treffen der Pflegeleitungen und Pflegelehrkräfte). Am wichtigsten sei jedoch, dass die Einrichtungen lernten, Personal an sich zu binden und dieses nicht an die Krankenhäuser zu verlieren. Herr Kampmann gibt zu bedenken, dass in Krankenhäusern bereits verschiedene Arbeitszeitmodelle zur Verfügung stünden.

Herr Wette hebt das Potenzial der Pflegeassistenz hervor und fragt, wie Menschen, die noch nicht lange in Deutschland lebten, auf diese berufliche Möglichkeit aufmerksam gemacht würden. Frau Brauckmann-Jauer beschreibt, dass Werbung bei den Ausbildungsträgern (Flyer, Internetpräsenz) gemacht werde und auch Vorträge in Schulen gehalten würden. Überdies müssten stationäre Einrichtungen nach der neuen Personalvermessungsverordnung auch mindestens 50 Prozent Pflegefachassistent*innen mit Qualifikationsniveau 3 beschäftigen.

Frau Chur dankt abschließend Frau Brauckmann-Jauer für ihre Ausführungen und weist auf die Möglichkeit hin, bei weiteren Fragen im Anschluss Kontakt zur Pflegeschule aufzunehmen.

Punkt 3 171/24 Zwischenbericht Maßnahmenplanung Inklusion

Erörterung

Frau Schmandt führt kurz zur vorliegenden Drucksache aus und geht hierbei nochmal auf die Struktur der Maßnahmenplanung ein (siehe Präsentation als Anlage 1 zur Drucksache).

Zum Handlungsfeld „Schaffung von Möglichkeiten für Berufspraktika und Berufserkundungen in der Kreisverwaltung und den Gesellschaften des Kreises für Schüler*innen mit Förderbedarf“ (Folie 12) erkundigt sich Herr Kampmann nach dem Sachstand. Frau Schmandt erklärt, dass die Maßnahmen aus dem Ergänzungsantrag nicht befristet seien. Wie aus den Erläuterungen in der Drucksache hervorgehe, biete der Kreis Unna grundsätzlich Praktikumsplätze für alle interessierten Schüler*innen an, allerdings übersteige die Nachfrage das Angebot bei weitem, sodass Praktika nicht aktiv beworben würden.

Frau Lutz-Kunz fragt nach, ob genügend Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt würden – insbesondere, wenn man den Kreis Unna als Konzern betrachte. Zudem sehe sie auch die Wirtschaftsförderung in der Verantwortung, sich um Ausbildung und Praktika zu bemühen. Frau Schmandt bietet an, diesbezüglich mit den Ansprechpersonen (EAA) der WFG Kontakt aufzunehmen.

Herr Kampmann regt an, dass die VBU als Holding auch entsprechende Sozialverträge schließen und Tochtergesellschaften in die Verpflichtung nehmen könne.

Herr Hüppe bemerkt, dass der Kreis Unna auch eine Vorreiterrolle habe. Er wünsche sich daher mehr Initiative seitens der Kreisverwaltung, auf die Förderschulen zuzugehen und Praktika aktiv anzubieten.

Herr Göpfert berichtet, dass das Thema im Sommer im Verwaltungsvorstand erörtert worden sei. Daraus sei ein Arbeitsauftrag an das Sachgebiet für Personalangelegenheiten resultiert, Einsatzgebiete für Praktika und zusätzliche Ausbildungen zu eruieren. Hierzu habe es eine Befragung im Haus gegeben; die Rückläufe seien noch nicht ausgewertet. Das Thema befindet sich folglich in der Entwicklung.

Frau Schmandt fügt hinzu, dass im Rahmen des Budgets für Ausbildung/Arbeit Gespräche mit dem LWL (hier mit Herrn Brinkmann) stattgefunden hätten, und Einsatzfelder in der Kreisverwaltung überlegt worden seien. Nun werde auf konkrete Vorschläge an geeigneten Bewerber*innen gewartet.

Herr Hüppe regt an, eine*n Sprecher*in der Schwerbehindertenvertretung in den Ausschuss einzuladen. Darüber hinaus sei es ihm wichtig, dass auch Künstler*innen mit einer Schwerbehinderung die Möglichkeit er-

hielten, z.B. ihre Werke auf Haus Opherdicke auszustellen. Hier werde ihm bisher zu wenig getan. Er lobt indes, dass die Schuldezernent*innen die Offene Schule in Köln besuchen wollten.

Zuletzt spricht Herr Kampmann seinen Dank an Frau Schmandt für ihre ausgezeichnete Arbeit in der Maßnahmenplanung aus; Frau Chur schließt sich dem an.

Die Drucksache 171/24 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Kooperation des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) und des Kreises Unna in der Eingliederungshilfe; Bericht von der ersten Veranstaltung des Lokalen Steuerungs- und Planungsgremiums (LSP)

Erörterung

Frau Schmandt berichtet über das erste Treffen des Lokalen Steuerungs- und Planungsgremiums (siehe Anlage 2), das am 23.09.2024 mit knapp 70 Teilnehmenden (aus allen Leistungsbereichen) stattgefunden hat – der Link mit allen Dokumenten zur Veranstaltung werde im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Die Veranstaltung habe einen theoretischen Block am Vormittag und Workshops am Nachmittag umfasst. Im theoretischen Teil habe der LWL seine Zuständigkeiten und Aufgabenfelder vorgestellt. Die Workshops wiederum hätten die Themenfelder Arbeit, Wohnen, Kinder und Jugendliche sowie Hilfen zur Überwindung besonderer Schwierigkeiten (§§ 67- 69 SGB XII) beinhaltet. Insgesamt sei ein Status Quo ermittelt worden. Mit den Ergebnissen des Tages werde nun in die Planung für das nächste Jahr gestartet.

Frau Schmandt betont, dass das LSP in keinem Zusammenhang zum Modellprojekt „In Zukunft inklusiv“ stehen.

Punkt 5 169/24 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2024

Erörterung

Herr Dierschke erläutert die Zahlen des Pflegebedarfsplans für das Jahr 2024 anhand einer Präsentation (Anlage 3) und beantwortet im Anschluss gemeinsam mit Herrn Zakel aufkommende Nachfragen.

Beschluss

1. Der als Anlage beigelegte verbindliche Pflegebedarfsplan 2024 nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) wird beschlossen.
 2. Der Landrat wird beauftragt, die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna mit Sozialplanung und Vernetzung verantwortlicher Personen aus den relevanten Bereichen von Wohnen bis Pflege fortzuführen, um die soziale, gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur gleichermaßen von präventiv und ambulant zu teilstationär und vollstationär zu stärken.
 3. Es besteht bis 2027 (Zieljahr für die Pflegebedarfsplanung 2024 nach APG-NRW) Bedarf an 39 neuen Pflegeheimplätzen i.S. SGB XI. Diese zusätzlichen Pflegeheimplätze sind nach § 27 Abs.1 der Änderungsverordnung zur Durchführungs-VO zum Alten- und Pflegegesetz NRW öffentlich auszuschreiben. Der Bedarf an kreisweit 349 zusätzlichen Tagespflegeplätzen ist ebenfalls öffentlich auszuschreiben, im Sinne der o.a. Landesverordnung. Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen zur Realisierung des Bedarfs auch durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstü-

cke und Umbaumöglichkeiten hinzuwirken. Zur Verteilung auf die kreisangehörigen Kommunen siehe die entsprechenden Tabellen.

4. Für die Pflege- und Demenz-Wohngemeinschaften wird eine Versorgungsquote von mindestens 2% Plätzen bezogen auf die 80jährige u. ä. Bevölkerung mit einem notwendigen Zuwachs von 69 Plätzen kreisweit empfohlen (vergleiche Tabelle). Es besteht außerdem weiterhin Bedarf an zusätzlichen Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren – eine Versorgungsquote von mindestens 4% bezogen auf die 65jährige und ältere Bevölkerung und ein Zuwachs von mindestens 1.870 Service-Wohnungen wird empfohlen (vergleiche Tabelle). Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen auch zur Realisierung dieses Bedarfes, z.B. durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten, hinzuwirken.
 5. Der Bedarf an solitären Kurzzeitpflegeplätzen, die also nur für die Kurzzeitpflege zur Verfügung stehen und auch langfristig im Voraus buchbar sind, ist im Kreis Unna weiterhin so hoch, dass aktuell jeglicher fachlich geeignete Zuwachs mit einer angemessenen Zahl an Plätzen bedarfsgerecht wäre und daher momentan keine dezidierten Platzzahlvorgaben oder sozialräumliche Zuordnungen vorgenommen werden müssen.

Abstimmungsergebnis

Punkt 6 178/24 Teilhabe an Bildung gem. § 112 SGB IX – Entwicklungen 2024

Erörterung

Frau Schölzel präsentiert die Entwicklungen für Leistungen zur Teilhabe an Bildung in diesem Jahr. Als Erfolg stellt sie heraus, dass zwei Förderschulen im Rahmen von Pool-Lösungen hinzugewonnen werden konnten: das Förderzentrum Nord Lünen und die Karl-Brauckmann-Schule Holzwickede. Darüber hinaus geht sie auf die höheren Aufwendungen in den Haushaltsansätzen ein.

Herr Kampmann begrüßt die Pool-Lösungen, da das Personal dann fest an der Schule bleibe. Hierdurch sei eine konstante Personalabdeckung gewährleistet. Er schlägt vor, mit den Anbietern der Pool-Lösungen weitere Vereinbarungen zu treffen, um sowohl Fachkräfte als auch Nicht-Fachkräfte zu binden. Letztere könnten z.B. fortgebildet und dann auch besser bezahlt werden.

Herr Hüppe wertet die Aufnahme der Förderschulen als positiv. Auf seine Frage hin erklärt Frau Schölzel, dass alle Schulen aufgeführt seien, an denen der Kreis beteiligt sei. Es handle sich hierbei um die Fallzahlen des Fachbereichs, nicht der Jugendhilfe. Frau Schölzel erläutert ferner, dass die Kreisverwaltung mit den Leistungsanbietern in Verhandlungen eingestiegen sei und Vergütungsvereinbarungen abgeschlossen hätte, teilweise auch auf Grundlage des Pflegemindestlohns. Der Kreis habe bisher selbst noch nicht tariflich vergütet und stehe damit in Konkurrenz zu den verschiedenen Tarifanbietern. An der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule gebe es beispielsweise 80 Fälle bei acht Leistungsanbietern.

Die Drucksache 178/24 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 164/24 Globalzuschuss zur Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege; Verwendungsnachweis 2023

Frau Chur leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Beschluss

Dem Landrat wird empfohlen, auf der Grundlage des gemeinsamen Verwendungs nachweises für 2023 der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna (s. Anlagen) die Fördermittel für das Jahr 2024 abschließend zur Auszahlung freizugeben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 140/24 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Budget 50

Im Anschluss an die einleitenden Ausführungen von Frau Chur wird die Drucksache 140/24 zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 177/24 Haushalt 2025/26; Budget 50 – Arbeit und Soziales –

Herr Göpfert führt zur Budgetplanung 2025/26 des Fachbereichs 50 aus.

Die Drucksache 177/24 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlagen

1. Pflegeausbildung (Präsentation zu TOP 2)
2. Lokales Steuerungs- und Planungsgremium (Präsentation zu TOP 4)
3. Pflegebedarfsplan 2024 (Präsentation zu TOP 5)

gez. Sonja Risy
Schriftführerin

gez. Angelika Chur
Vorsitzende